

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. G. und Umgebung

Verlagspreis: Monatsabonnement R. 1.75 einschließlich
Lieferung. Erscheint täglich werktags.

Tannus-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgepaßte 43 mm breite Anzeigenzeile kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Kleinantrag 22 mm breit 60 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39 864.

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. G., Luisenstraße 26

Nr. 287

Montag, den 8. Dezember 1930.

5. Jahrgang.

Die Notverordnung bleibt doch bestehen

Ein Erfolg der Reichsregierung.

X Berlin, 6. Dezember.

Der Reichstag lehnte am Samstag den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten, die das Finanzprogramm der Reichsregierung in Kraft setzte, mit 293 gegen 253 Stimmen ab.

Für die Aufhebung der Notverordnung stimmten: mit den Antragstellern (Nat.-Soz., Komm., Deutschnat., Wirtschaftspartei) auch die Landvolkpartei. Die Regierung erzielte eine Stimmenmehrheit von 40.

Sitzungsbericht.

Präsident Lohse teilte bei Eröffnung der Samstags-Sitzung des Reichstags das amtliche Schreiben über den Rücktritt des bisherigen Reichsjustizministers Dr. Brüning mit.

Die Aussprache über den

Etat 1931, die Notverordnung

und die dazu vorliegenden Anträge wird fortgesetzt.

Abg. Dorsch (Dp.) bezeichnet die Notverordnung als einen klugen Versuch. Nicht annehmbar seien auch die darin enthaltenen Rechtsbestimmungen. Die Regierung müsse sich endlich freileben von dem Einfluß der Sozialdemokraten.

Abg. Eisenberger (Dp.) erkennt an, daß die Regierung den Ernst und die Notwendigkeit der Finanzen zu verstehen. Darum man trotz aller Bedenken im einzelnen die Regierung unterstützen und nicht denen folgen, die durch eine Katastrophentheorie das Reich in Gefahr bringen. Die deutsche Wirtschaft müsse geschützt werden gegen das russische Goldbumping.

Abg. Biener (Dp.) wendet sich gegen die Methode, mit der Minister Schiele dem Getreidebau helfen will. Es sei ganz verkehrt, nach Böden zu schreien und die Landwirte gegen die Wälder auszuspielen. Eine Lösung sei nur möglich, wenn die Landwirte, Wälder und Forstbesitzer an einen gemeinsamen Verhandlungstisch gebracht werden.

Abg. Dr. Kleiner (Dp.) erklärte, Dr. Brüning habe einen sachlichen Zwischenruf über die Tributfrage in durchaus annehmbarer persönlicher und geschäftlicher Form beantragt. Er habe nicht geglaubt, daß die Gepflogenheiten seiner neuen Koalition so schnell auf einen bisher in Form und Haltung achtbaren Text abfäßen würden. Der Reichsaussenminister habe die Kundgebungen gegen Polen gewissermaßen als Agitation bezeichnet. Die Kundgebungen seien in Wahrheit das Einzige, was wir gegen bedrängten Volksgenossen zur Wiederherstellung ihres Lebens und Willens geben könnten, die unter der Regierung zu stehen gegangen seien. Wenn in einem anderen Lande einem Volk eine derartige Verdrückung auferlegt worden wäre, dann wäre das ganze Volk in Empörung aufgestanden und die Minister hätten an die Spitze der Bewegung gestellt. (Zustimmung rechts.) Gegenüber allen Verdächtigungen des deutschen Volkes stelle der Reichspräsident fest, daß das Deutschland längs der künstlichen Grenze nicht mal den Versuch gemacht habe, Vergeltung für die Drangsal seiner Brüder und Schwestern zu üben.

Während dieser Ausführungen rufen Deutschnationaler und Nationalsozialist fortwährend: „Wo ist der Verstand? Das interessiert ihn nicht!“ — Die Kommunisten rufen: „Ihr macht es so mit den deutschen Erwerbslosen!“ Während dieser Äußerungen tritt der dem Gallo der Rechten Reichsaussenminister Dr. Curtius zum Saal.

Abg. Dr. Kleiner einen Terrorfall in Einzelheiten schildert, ruft ein Sozialdemokrat: „Das sind ja Latrinenparolen!“ Mit diesen erheben Fraktionen stürmen darauf verschiedene Nationalsozialisten, Deutschnationaler und Landvolkpartei gegen die Regierung mit dem Ruf: „Verbrecher!“ — Vizepräsident Stöhr ersucht Abgeordnete, die Plätze einzunehmen und fordert den Rufen „Verbrecher!“ auf, sich zu melden. Ein Landvolkpartei erhebt die Hand, wird aber in dem allgemeinen Tumult nicht gehört.

Als sich der Lärm etwas gelegt hat, fährt Abg. Dr. Kleiner (Dp.) fort: Das preussische Innenministerium hat Herrn Abegg, dann Herrn Rathenau nach Oberschlesien geschickt. Ist es bei uns so weit gekommen, daß die Fragen des Deutschen ausgerechnet von Juden behandelt werden müssen? (Lebhafte Zustimmung rechts.) Brüning, Curtius und ihre Regierung müssen vom Saal entfernt werden. Wir wollen ein deutsches Reich, das im Kampf gegen die Juden und die Wälder für deutsche Freiheit kämpft. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) schildert das Wohnungselend in Berlin. Abg. Schneider-Breslau (Nat.-Soz.) führt aus, die Not des deutschen Bauern könne nicht durch die Organisationen und die alten Gesetze behoben werden. Die Schuld trage die falsche deutsche Wirtschaftspolitik.

Abg. Trochmann (Bayer. Dp.) begrüßt die in der neuen Notverordnung vorgenommenen Milderungen der Bestimmungen über die Krankeneinrichtungen. Zu bedauern sei aber die Einschränkung der Befugnisse der Landesversicherungsämter.

Abg. Graf Westarp (Komm.) betont, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Reformen Wert und Bedeutung erhalten, wenn ihnen eine durchgreifende Verwaltungs- und Verfassungsreform und ein wirksamer Schutz deutscher und christlicher Kultur zur Seite tritt. In letzter Stunde richte er die erste Mahnung an das Kabinett, außenpolitisch auf der gewonnenen Grundlage mit größter Entschlossenheit vorwärts zu schreiten. Es wäre der schwere Fehler, mit außenpolitischen Diversionen Maßnahmen zu warten, bis die Reformen ihre sanftere Wirkung ausgeübt haben. Darüber müsse volle Klarheit geschaffen werden. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wolle und könne nicht länger darauf warten, daß die ungerechte Tributlast von ihm genommen werde. Nur dann werde auch das innenpolitische Programm zum Segen Deutschlands werden.

Reichsfinanzminister Dietrich führte aus: Bei der Tabaksteuer hat ein Redner gesagt, ich hätte mich dahin geäußert, daß bei jeder Steuer ein Gewerbe zugrunde gehen könne. Davon ist keine Rede. Selbstverständlich kann ein Gewerbe benachteiligt werden, aber es wird hier nicht so schlimm werden, wie man das gesagt hat.

Minister Dietrich ging auf verschiedene Angaben des Abg. Reinhardt über den Etat ein und fuhr fort: Der Abg. Reinhardt hat ferner gesagt, wir hätten für das Volksbegehren 360 Millionen ausgegeben, die im Etat versteckt seien. Es handelt sich aber nur um 650 000 Rmk. im Etat, und davon sind noch 300 000 Rmk. gestrichen. Es handelt sich also nur um 350 000 Rmk. und nicht um 360 Millionen, wie der Abg. Reinhardt gesagt hat. (Zustimmung.) — Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.): Ich habe selbstverständlich nur 360 000 Rmk. gemeint.)

In der Debatte sind auch die außenpolitischen Fragen berührt worden, soweit sie mit unserer Wirtschaft- und Finanzlage in Verbindung stehen. Wir haben immer erklärt, daß es die erste Aufgabe unserer Politik sei, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen und damit zugleich die Grundlage zu schaffen für ein Wiederaufblühen unserer Wirtschaft. Ich selbst habe bereits vor einiger Zeit einmal ausgesprochen, daß nur geordnete Finanzen dem deutschen Volk die Freiheit des Handelns in der Außenpolitik wieder gewähren können. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Auffassung steht in voller Übereinstimmung mit der Meinung des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Außenministers.

Abg. Wendt (Dp.) bezeichnet den preussischen Staat unter seiner jetzigen Regierung als ein Schulbeispiel marxistischer Verwaltungsmethoden. Die Deutschnationaler Volkspartei beantragte deshalb die Einstellung der Volkskostenzuschüsse an Preußen vom 31. Dezember. Das sei notwendig, während die Aktion des Reichsaussenministers gegen Thüringen aus schärfster Verurteilung werden müsse. (Beifall rechts.) Schärfster Protest sei geboten gegen die polizeiliche Absperrung des Reichstags und gegen die polizeilichen Angriffe auf nationale Studenten. Auf der anderen Seite gestalte die preussische Polizei die unerhörte Selbstbeschmutzung Deutschlands durch die Zulassung des amerikanischen Geheimfilms „Im Westen nichts Neues.“ Als der Redner von der Reichsregierung sagt, sie sei nur die Skulptur einer Fälschung, greift Vizepräsident Stöhr ein mit der Mahnung: Herr Abgeordneter, dieser Ausdruck ist nicht angemessen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Beifall.)

Reichsaussenminister Dr. Wirth, der von der Rechten mit „Aha!“-Rufen empfangen wird, erklärt, er habe seine Bereitwilligkeit erklärt, die Interpellation zu beantworten. Mein Herz steht ja danach, so ruft er, mit Ihnen (zu den Nationalsozialisten) eine eingehende Aussprache zu haben. (Zustimmung rechts.) Heute steht aber dazu die Zeit.

Vizepräsident Stöhr bittet den Minister, vom Rednerpult aus zu sprechen. Der Minister lehnt das ab.

Vizepräsident Stöhr: Der Minister hat an sich das Recht, von seinem Platz aus zu sprechen; aber die gesamte Linke und die Stenographen würden ihn besser verstehen, wenn er von der Mitte aus spricht.

Reichsaussenminister Dr. Wirth: Das werde ich tun, wenn ich eine Rede zu halten habe. Heute habe ich nur eine geschäftsordnungs-mäßige Bemerkung zu machen. Die Nationalsozialisten haben mir bisher das Material über die Verfolgung ihrer Bewegung nicht übermittelt. (Zurufe des Abg. Wöbblers (Nat.-Soz.) Herr Dr. Wöbblers, jetzt habe ich das Wort, Sie haben es die ganze Nacht gehabt. In bezug auf den Film „Im Westen nichts Neues“ muß ich auf die Reichslage verweisen, nach der ein Eingreifen des Reichsaussenministers zunächst ausgeschlossen ist.

Abg. Dr. Frank II. (München (Nat.-Soz.): Minister Dr. Wirth vermittle das Material über die Verfolgung unserer Bewegung. Ich habe den Minister ein, sich dieses Material in den Krankenhäusern anschauen. Liebe deutsche Volksgenossen! (Lachen bei den Kommunisten.) Das gilt nicht für Sie, Sie sind ja Kisten! (Stürmischer Beifall rechts.)

Der Moskauer Prozeß

Nur zwei Angeklagte lassen sich verteidigen. — Sechs verzichten auf eine Verteidigung. — Neuebekenntnis als Milderungsgrund. — Ein neues Schuldbekenntnis Ramsis.

Moskau, 7. Dezember

Der Moskauer Prozeß gegen die Angehörigen der Industriepartei nahm seinen Fortgang ohne eine Überraschung zu bringen. Die Angeklagten bekannten sich nach wie vor für schuldig im Sinne der Anklage. Das Waidhofer des öffentlichen Anklägers bewegte sich natürlich in der gleichen Linie.

Zur Verteidigung der Angeklagten Kuprijanow und Stalin ergrißen deren Anwälte das Wort. Die übrigen Angeklagten hatten auf Verteidiger verzichtet. Der Verteidiger Kuprijanow, Braude, stimmte den vom Staatsanwalt gezeigten Schlüssen zu, wandte sich aber für seinen Mandanten gegen das beantragte Strafmaß. Er verwies darauf, daß Kuprijanow ein volles Neuebekenntnis abgelegt hätte, und erklarte einen mildernden Umstand in der politischen Unwissenheit Kuprijanows. Der Verteidiger Stalin, Tjep, bat ebenfalls das Gericht, dessen ausführliche Neuebekenntnisse zu werten. Ramsis bezeichnete, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, in seinem Schlusswort das gegen ihn vom Staatsanwalt beantragte Urteil als gerecht. Er führte dabei u. a. aus: „In den letzten drei Jahren war ich der größte Feind der Sowjetmacht und kämpfte gegen sie mit allen Mitteln, die mir zu Gebote standen. Der Hauptgrund war die feste und tiefe Überzeugung von der Unrichtigkeit der Politik der Sowjetmacht. Es gibt zwei Wege, der eine führt nach links zum Krenal und über ihn zu den Gipfeln des Sozialismus, der andere nach rechts führte unvermeidlich nach Paris, in jene Höllentüme des Imperialismus. Einen dritten Weg gibt es nicht.“

Ich erkenne jetzt klar, daß wir sowohl beim Erfolg als auch Mißerfolg der Intervention in beiden Fällen zu Ergeb-

nissen gelangt wären, die den Interessen des Landes ungewiss-haft zuwiderlaufen. Nachdem ich zu dieser Erkenntnis gelangt war, hielt ich es für notwendig, dagegen zu kämpfen mit dem einzigen Mittel, das mir geblieben war: durch Entfaltung der wahren Inspiratoren und Organisatoren. Wir sind hergekommen, nicht um zu kämpfen, sondern um zu kapitulieren. Aus der Prozeßverhandlung werde ich, wie auch die Ergebnisse für mich persönlich ausfallen mögen, ruhigeren Herzens gehen, als ich gekommen bin. Das nunmehr ablaufende Jahr 1930, das ungewisshaft das entscheidende Jahr des Fünfjahresplans ist, hat mit vollster Klarheit gezeigt, wie falsch und irrig unsere Gedankengänge und Anschauungen wie auch die der verschiedenen Fachleute und Politiker waren. Trotz der Schädling-tätigkeit, trotz des aktiven Widerstandes verzweigter Organi-sationen der Industriepartei, trotz der konterrevolutionären wer-tätigen Bauernpartei und anderer konterrevolutionärer Organi-sationen hat dieses Jahr anstatt einer Katastrophe und des Zusammenbruchs der Volkswirtschaft nie dagewesene enorme Erfolge des sozialistischen Aufbaus gebracht.

Wenn ich an die bevorstehende Strafe denke, so kämpfe ich mir zwei Gefühle: das eine sagt mir, daß man mit solcher Schmach und solchem Mißtrauen bestraft nicht mehr leben kann. Andererseits habe ich die volle Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus erkannt und möchte auch selbst an diesem großen Auf-bau teilnehmen. Wenn das Gericht aber die Möglichkeit finden wird, mir das Leben zu erhalten, dann gebe ich das feste und unverbrüchliche Versprechen, mein Leben voll und ganz für die Festigung der Sowjetmacht einzusetzen.“

Präsident Eöbe bezeichnet die Anrede „Majestät“ im Reichstag als unzulässig.

Abg. Fuh (Rom.) hält den Nationalsozialisten vor, daß ihre landwirtschaftlichen Führer noch am 15. Februar 1930 aufgefordert hätten, polnische Wanderarbeiter einzustellen und die deutschen zu entlassen. (Rufe rechts: „Lüge!“)

Abg. Dr. Jürissen (Wirtschp.) erklärt, die Bestimmungen der Rotverordnung über den Wohnungsbau hätten den Anreiz für die private Bauwirtschaft, Neubauten herzustellen, vollständig zerlegt.

Abg. Abel (Vollst.) erklärt, der Reichstag habe kein Recht, sich über die Anwendung des Artikels 48 zu befassen, denn dieses Parlament habe sich selbst ausgeschaltet durch den Mangel an klarer politischer Zielsetzung und durch die kleinliche Interessenspolitik der Parteien. Die Volksnationalen würden der Rotverordnung zustimmen. Der Außenminister hätte sofort den deutschen Gesandten aus Warschau abberufen müssen. Der Minister habe der deutschen Sache einen sehr schlechten Dienst erwiesen, mit seiner viel zu weichen Antwort. Die Forderung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens wäre freilich nicht zu rechtfertigen.

Abg. Torgler (Rom.) meint, die Frage der nationalen Minderheiten werde nicht durch kapitalistische Staaten gelöst, sondern durch die polnischen und die deutschen kommunistischen Arbeiter.

Abg. Schneider-Berlin (Stp.) erinnert an die Notlage der arbeitslosen Angestellten, die durch die Rotverordnung noch verschärft werde. Auch für die durch die dauernden Tabaksteuererhöhungen geschädigten Angestellten und Arbeiter seien besondere Hilfsmaßnahmen notwendig. Bei der Einbeziehung der Behördenangestellten in die Gehaltskürzung sollte der Finanzminister ernstlich prüfen, ob hier nicht eine Staffelung des Abzuges löslicher sei.

Abg. Fr. (Wirtschp.) bekämpft die Steuerpolitik der Regierung, die die Tendenz verfolge, die freie Wirtschaft immer mehr zurückzudrängen. Diese sozialistische Tendenz zeige sich auch in allen übrigen Zweigen der Politik. Die Wirtschaftspartei wende sich nicht gegen die Sozialpolitik.

Abg. Haag (Vollst.) führt Klage über die Schädigung des deutschen Weinbaues durch die Gemeindegütersteuer. Die deutsche Zoll- und Handelsvertragspolitik müsse eine grundsätzliche Änderung erfahren. Der deutsche Obst- und Gemüsebau werde außerordentlich schwer unter der übermäßigen und überflüssigen Einfuhr aus dem Auslande.

Abg. Jänike (Stp.) bedauert, daß die Regierung an einem Eingriff in die Rechte der Beamenschaft nicht vorbegehen konnte. Jetzt sei ein schneller Preisabbau notwendig, um das Opfer erträglich zu machen.

Nach weiterer Aussprache wurde abgestimmt.

Zunächst wird der Etat für 1931 dem Haushaltsausschuß überwiesen, dann folgt die

namentliche Abstimmung

über die Anträge der Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei auf Aufhebung der neuen Rotverordnung der Regierung. (Siehe oben.)

Auch die Mißtrauensanträge abgelehnt.

Ein unzulässiger „Vertrauensantrag“.

Berlin, 7. Dezember.

Nachdem der Antrag auf Aufhebung der Rotverordnung abgelehnt war, sollte der von den Nationalsozialisten gestellte Vertrauensantrag zur Behandlung kommen. Abg. Esser (Ztr.) beantragte, das Haus darüber entscheiden zu lassen, ob der nationalsozialistische Antrag zulässig sei, da er nicht ernst gemeint sei. Bei der Geschäftsordnungsdebatte, die sich nun entwickelte, ging es sehr lebhaft zu, so daß Präsident Eöbe mit Ausschluß von der Sitzung drohen mußte.

Der Antrag Esser wurde mit 298 gegen 233 Stimmen bei 22 Stimmenthaltungen angenommen. Dadurch war das nationalsozialistische Vertrauensvotum für die Regierung als unzulässig erklärt und konnte nicht zur Abstimmung gebracht werden.

Hierauf kamen die Mißtrauensanträge der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen und Kommunisten zur gemeinsamen namentlichen Abstimmung.

Die Mißtrauensanträge wurden mit 291 gegen 256 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Es wurde sodann noch der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Juli-Rotverordnung mit 307 gegen 35 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Für die Aufrechterhaltung dieser Verordnung, die die Osthilfe enthält, hat auch die Landvolkspartei gestimmt.

Die weiteren noch sehr zahlreichen Abstimmungen wurden auf Dienstag verlagert.

Nach den Abstimmungen.

Der Kanzler hat sein Ziel erreicht.

Das Ergebnis der Reichstagsabstimmungen wird in parlamentarischen Kreisen der Mitte als ein außerordentlich starker Erfolg des Kabinetts und namentlich des Kanzlers gewertet. In Kreisen der Opposition wird allerdings darauf hingewiesen, daß der Erfolg der Regierung doch in erster Linie taktischer Natur sei. Dem hält man in der Mitte entgegen, daß bei diesem Reichstag ja gar keine Möglichkeiten einer Mehrheitsabstimmung vorhanden sind, die die Grundlage für eine kräftige Politik bilden könnten. In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, daß der Kanzler auch zeitlich seinen Willen durchgesetzt hat. Wie schon am letzten Montag berichtet wurde, hatte er die Absicht, die Reichstagsverhandlungen mit den entscheidenden Abstimmungen bis zum Samstag zu Ende zu führen. Das ist ihm gelungen.

Mißtrauensanträge gegen Curtius?

In der kommenden Woche wird es vielleicht für das Kabinett Brünning noch eine Schwierigkeit zu überwinden geben: Wenn eine außenpolitische Debatte einsehen sollte, so wird damit zweifellos ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius verbunden sein. Wie sich in diesem Falle die Mehrheitsverhältnisse gestalten werden, läßt sich schwer voraussagen. Es verlautet, daß mit einem Vorstoß von Parteien, die sonst hinter der Regierung stehen, gegen Curtius zu rechnen sei. Genannt wurden die Landvolkspartei und die Christlich-Sozialen. Letztere haben bereits darüber beraten, wann ein Mißtrauensantrag gegen Curtius vorzulegen sei. Diese Stellung dürfte vor allem mit der Haltung des Ministers gegen Polen anlässlich des Terrors gegen die deutschen Minderheiten begründet werden.

In den Kreisen der Regierungsparteien herrscht immerhin die Ansicht vor, daß die Mehrheit, die sich am Samstag ergab, genügend groß sei, um auch beim Abbröckeln einiger kleinerer Gruppen die Ablehnung des Mißtrauensvotums herbeizuführen. Aber die Regierung wird jetzt schon zweifellos versuchen, die außenpolitische Debatte zu vermeiden.

Wiener Pressestimmen.

Wien. Wiener Blätter bezeichnen die Abstimmung im Reichstag als einen großen Sieg Brünnings. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ schreiben dazu: „Das Kabinett Brünning hat sich als eine Regierung von wirklichen Persönlichkeiten gezeigt. Ein Führer muß vor allem auch Herr sein können gegen die eigenen Leute, wenn es das Interesse der Allgemeinheit erfordert.“ — Nach der „Neuen Freien Presse“ hat die deutsche Sozialdemokratie den Reichskanzler Brünning gerettet und damit die politische Sühne für den unzerstörlichen Bruch der Koalition im vorigen Frühjahr gegeben. — Im „Neuen Wiener Tageblatt“ schreibt der Berliner Berichterstatter: „Das größte gesetzgeberische Werk seit langer Zeit ist vor Zerstörung gewahrt geblieben. Brünning hat erreicht, daß im Interesse der Beruhigung der Wirtschaft und Aufrechterhaltung des Kredits Deutschlands die Entscheidung genau in der Stunde, die er bezeichnete, gefallen ist.“

Stegerwald über die Lage.

Die Stunde der Wirtschaftsverbände.

Düsseldorf. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach Sonntag in einer Masskundgebung der christlichen Gewerkschaften über die gegenwärtige Wirtschaftslage und führte u. a. aus:

Und es fiel ihm leichter, als er erwartet hatte, am Villy Behrens die Geheimnisse dieses Tages herauszuholen.

Sie war so zermürbt, daß sie sich danach sehnte, beruhigt zu werden. Und Doktor Carsten verstand es, beruhigend zu wirken.

Er wußte, daß er bei ihrer augenblicklichen Gemütsverfassung von ihr nicht verlangen konnte, ihm eine zusammenhängende, logische und historisch getreue Schilderung der Ereignisse dieses Tages zu geben. Und darum ließ er sie sozusagen am Ende anfangen. Das längste Erlebnis zuerst und dann erst die weiter zurückliegenden.

„Seit wann sitzen Sie denn in dieser ekelhaften Röhre an diesem verflüglichen Platz?“

Es stellte sich heraus, daß sie gar nicht wußte, wie lange sie schon dasaß. Als sie hörte, daß Mitternacht längst vorüber war, schrak sie zusammen.

„Wann sind Sie denn von meinem Kollegen Gambichler aus der Vernehmung entlassen worden?“

Sie wußte, daß das gegen zehn Uhr gewesen war. Sie schilderte ihm dann, daß sie ihre Freundin Andersen nach der Vernehmung nach Hause gebracht hätte, weil diese sich nicht wohl befunden habe.

„Und was machten Sie, nachdem Sie sich von Ihrer Freundin Andersen verabschiedet hatten?“ fragte er. Er ahnte, daß er einen kritischen Punkt berührte.

„Mir war so elend“, bekannte sie. „Die Aufregungen dieses Tages waren so groß, daß ich mich nicht dazu aufraffen konnte, schon nach Hause zu gehen.“

Der Rortzieher ahnte etwas: „Sie hatten das Bedürfnis, sich mit jemandem auszusprechen.“

Ihr Schweigen war Geständnis, der neuerdings hervorbrechende Tränenstrom Verräter. Da wagte der Rortzieher eine letzte und etwas unvermittelte Frage: „Warum hat Sie denn Jsenbeil so gekränkt?“

Sie antwortete ihm nicht. Aber er sah, wie ihr Brustkorb arbeitete und wie sie sich Mühe gab, die Herrschaft über sich zu behalten. Da legte er seine Hand beruhigend auf ihre Schulter, so wie heute morgen Jsenbeil seine

Die Gesundung des deutschen Staates kann nicht mit kommunistischen und nationalsozialistischen Rezepten erzielt werden. Das russische System auf Deutschland übertragen, würde für das nächste Jahrzehnt den Hungertod für mindestens 10 bis 12 Millionen Menschen, insbesondere für Arbeiter und kleinere Leute bedeuten. Die Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms bedeutet innerpolitisch den Bürgerkrieg, innerwirtschaftlich das größte Durcheinander und außenpolitisch die Isolierung und Aushungerung Deutschlands. Der Minister ging sodann auf das von der Regierung aufgestellte Programm zur Behebung der Wirtschaftskrise ein.

Zum Schluß seiner Rede erklärte Stegerwald: Reichskanzler und Finanzminister haben in den letzten Wochen übermenschliches geleistet, um ein großes Sanierungswerk zu vollbringen. Die Reichsregierung aber kann allein nichts alles tun. Jetzt ist die Stunde des Reichverbandes der Deutschen Industrie, der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und der Spitzenverbände der großen Gewerkschaften gekommen. Sie müssen nun das übrige tun, um das Vertrauen des In- und Auslandes in die deutsche Wirtschaft wieder herzustellen, um Veffimismus und Mutlosigkeit nachdrücklich zurück zu drängen.

Barthou bildet ein Kabinett.

Konzentrationskabinett oder nur neue Spitze?

Paris. Senator Louis Barthou hat den Auftrag, das neue Kabinett zu bilden, angenommen.

Als er den Präsidenten der Republik verließ, erklärte er den Journalisten: Ich habe grundsätzlich den Auftrag angenommen. Aber überlieferungsgemäß muß ich zunächst Bepfehlungen vornehmen, die niemals notwendiger waren als heute.

Barthou hat bis spät in die Nacht hinein mit verschiedenen Politikern, zuletzt mit den Führern der Radikalen Partei, Herriot, Daladier und Chaumets, verhandelt, denn von der Entscheidung der Radikalen wird es abhängen, ob Barthou ein Kabinett der Konzentration zusammenbringen kann. Andernfalls wird das alte Kabinett Lardieu mit neuer Spitze wieder erscheinen.

Die Türkei und Deutschland.

Das Echo einer Rundfunkrede.

Konstantinopel. Die heutige „Republique“ bringt die Berliner Rundfunkrede des deutschen Botschafters in der Türkei, Radolny, in großer Aufmachung. Im Leitartikel dazu betont Chefredakteur Rabi die aufrichtige und freundschaftliche Gesinnung des Botschafters gegenüber der Türkei. Anknüpfend an seine Äußerungen über die Bedeutung der Türkei als Beherrscherin der Dardanellen verkündet Rabi, daß die Türkei trotz des Ausganges des Weltkrieges nie bereut habe, an die Seite Deutschlands getreten zu sein. Denn die Türkei habe trotz territorialer Verluste unter Ghazi und Ismet Pascha sich als neuer Staat innerhalb der nationalen Grenzen konstituiert. Gegenüber dem Fehler, den Europa dadurch begehe, daß es häufig schlechten Willen zeige, sei aufrichtiges und gegenseitiges Verstehen zwischen Deutschland und der Türkei notwendig. Dem Botschafter sei zu danken, daß er ein so wertvolles Bild der Türkei gezeichnet habe.

Stand der Winteranbau im Deutschen Reich.

Berlin, 7. Dez. Die milde und niederschlagsreiche Witterung im November war der Entwicklung der jungen Saaten im allgemeinen förderlich. Durch die Kälte wurden allerdings die Feldarbeiten, besonders in Gegenden mit fehmigem Boden erschwert. Die Bestellung des Wintergetreides ist fast überall beendet. Nur auf den Hochrutschflächen konnte der Anbau von Winterweizen vielfach noch nicht in dem vorgesehenen Umfang durchgeführt werden. Die zeitig bestellten Saaten stehen im allgemeinen blüht. Bei späteren Bestellungen zeigen die jungen Pflanzen Kälteschäden. An tierischen Schädlingen wird hauptsächlich über starkes Auftreten von Feldmäusen und Schnecken geklagt.

Sand zuweilen auf die Schulter der Andersen gelegt hatte.

„Fassen Sie Vertrauen zu mir, Fräulein Behrens; Sie wissen, ich bin Ihr Freund.“

„Ich werde es niemals jemandem erzählen können“, schloß sie.

Der Rortzieher lächelte in sich hinein. Diese Behauptung verriet ihre Jugend. Und Jugend bleibt sich nicht immer konsequent. Er wußte, daß er in wenigen Minuten die ganze Wahrheit von ihr erfahren würde.

Es war rührend, wie er diese Wahrheit aus ihr herauszog. Er behandelte sie so, wie ein Vater seine Tochter.

„Sehen Sie, Fräulein Behrens, vor mir brauchen Sie sich nicht zu fürchten. Ich habe schon graue Haare und habe bestimmt schlimmere Dinge erlebt, als Sie heute erlebt haben. Sie brauchen mich ja nicht anzuschauen, wenn Sie erzählen. Nehmen Sie Ihren Kopf in beide Hände und schließen Sie die Augen; Sie werden sehen, daß es dann geht.“

Und es ging wirklich. Villy Behrens erzählte ihm alles. Sie belächelte ihm sogar die Sünde dieses Tages.

Zehntes Kapitel.

„In jedem anständigen Kriminalfall müssen Fingerabdrücke eine Rolle spielen.“

Diese etwas bizarre und offensichtlich überspitzte Behauptung machte Herr Doktor Carsten in früher Morgenstunde des nächsten Tages, als es noch so dunkel war, daß die Lichter in den Wohnungen brennen mußten.

„Es ist entschieden nicht Besuchszeit“, hatte Doktor Carsten am Telefon geäußert, als er gegen sechs Uhr vormittags sich mit Lamonts Wohnung verbinden ließ. — Das hatte sich Regierungsrat Lamont, der sich noch im Schlafrock befand, als das Telefon schrillte, entschieden selbst gedacht. — „Trotzdem wäre ich Ihnen zu großem Dank verbunden, Herr Regierungsrat, wenn Sie mich möglichst sofort empfangen würden. Es handelt sich um den Fall Andersen — Kiese.“

5

7 Uhr abends

Februar

Roman von Paul Glemos

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[34]

Als Doktor Carsten den Weg von der Baumstraße durch den Hofgarten zu Lamonts Wohnung nahm, fiel ihm im Hofgarten ein leises Geräusch auf. Und weil Kriminalisten besonders scharfhörig sind, und weil sie Geräusche bei Nacht mit Veruismißtrauen aufnehmen, folgte Doktor Carsten diesem geheimnisvollen Säufeln. Als er dann feststellte, daß dieses Geräusch nichts anderes war als das herzerreißende Schluchzen und Wimmern einer Frau, war er geneigt, sich über sich selbst lustig zu machen, der er hinter dem Liebeskummer eines dummen Mädchens ein kriminalistisches Geheimnis hatte suchen wollen.

Aber weil er gründlich war, wollte er dennoch feststellen, ob das Mädchen nicht am Ende einen triftigeren Grund für seine Tränen hatte als die Treulosigkeit irgendeines Liebhabers. Wenn sich nichts Kriminalistisches hinter dem Schluchzen verbarg, so doch vielleicht die Tragödie eines Weibes.

Wiewohl der Rortzieher mit einer unerschütterlichen Ruhe begnadet war, verlor er doch einen Augenblick lang die Fassung, als er in dem weinenden Weibe, das sich hilflos in der vernebelten Märznacht auf eine Hofgartenbank gekauert hatte, Villy Behrens erkannte.

Villy Behrens kannte Doktor Carsten nur von Ansehen. Als seine Goliathgestalt vor ihr auftauchte, schrak sie zusammen. Sie glaubte, daß er nach ihr gefahndet hätte, und ihr Schluchzen wurde noch herzerbrechender.

Befolgt Jsenbeil meine Rat schläge derart, daß er jungen Mädchen prompt das Herz bricht? fragte sich der Rortzieher. Und weil im Falle Andersen Rechtsanwält Jsenbeil eine handelnde Rolle spielte, interessierte er sich für die menschliche Seite des Verhältnisses Jsenbeil und Behrens.

Mus Bad Somburg u. Umg.

Somburger Kerb.

Uns Somburgern ist augenblicklich der Ausdruck „Ortskerb“ noch geläufiger. Aber wir sind optimistisch, und glauben, daß, wenn Somburg von nun an alljährlich im Kurhaus ein Kerbvergnügen veranstaltet, auch der hiesige Einwohner dieses Fest in heimischer Zone schätzen und lieben lernen und Somburg in dieser Beziehung dann Oberursel abhängen wird. (Was haben die für eine Phantasie, hören ich die Oberurseler sagen). Jedenfalls lieb die gestrige Somburger Kerb-Premlere im Kurhaus erkennen, daß ein solches Vergnügen sich als beste „Exportware“ bewähren kann. In allen Sälen des herrlichen Blanc-Neues war reges Leben. In der Wandelhalle, im Weihen- und Mittelssaal ließen die Kapellen unermüdet ihre Tanzweisen erklingen. Besonders lebhaft und herbühnig war es in der Wandelhalle. Ein Schleißland gab den Freunden des Schießsports Gelegenheit, ihre Zeit des Abends der „Anstalt“ zu widmen. Gleich nebenan hörte man einen Musiker „Versuchen Sie ihr Glück; ein Los 10 Pf.“ Das Glücksspiel steht sich in Bewegung. Nummer 161, 162, 163, der alte Müller: Eine Puppe. Unter herzlichem Lachen ziehen wir weiter. Wir kommen aber nur einige Schritte vorwärts; das Karussell, das bei keinem Kerbvergnügen fehlen darf, hat im Zentralpunkt der Wandelhalle einen Aufstellplatz gefunden und ist somit Brennpunkt des Verkehrs geworden. Da es nun einmal zum guten Ton gehört, wenigstens einmal Karussell gefahren zu sein, wird auch diese Institution — wie schon gesagt, des guten Tones halber — von mir besucht. Eine Zuckerbude fehlt selbstverständlich auch nicht; ebenso wird in einem Zelt das erfrischende Maß des Apfelweins verabreicht. „Ihr Bild für 0.50“, so hört man einen Mann älteren Semesters ausrufen. So etwas zieht. Der Alte scheint sein Geschäft gemacht zu haben. Und nun noch einige Worte zum Kabarell. Schumann ein Miniature. Bernh. Scharff, bekannt durch seine führende Rolle im Somburger Theaterclub, scheint auch auf Kabarellistischem Gebiete recht viel zu verstehen. Ein vorzüglicher Ansager, der immer das Publikum bei Stimmung hält. Magda Bühren-Edwin von Kayser, das Tanzpaar des Kurhauses, brillieren durch ihre recht beachtenswerte Tanzakroballe. Herr Simon, wohl allen Somburgern bestens bekannt, erfreute sein Auditorium mit einigen Couplets. Schließlich holte sich eine recht temperamentvolle und Stimmungsmachende Vortragskünstlerin stärksten Beifall beim Auditorium. Mittlerweile ist es ein Uhr geworden. Man rückt so langsam zum Nachhausegehen. Diesmal fiel mir der Abschied vom Kurhaus besonders schwer.

Theaterclub Bad Somburg. Im Rahmen der Somburger Werbeweche gab der Theaterclub Samstagabend im Kurhaus-Theater eine Vorstellung. Geboten wurden drei Einakter: „Die Frage an das Schicksal“ von Arthur Schnitzler, „Die Lore“ von Erich Kästner und „Der Hund im Hirn“ von Curt Oth. Bernhard Scharff, dem die Spielleitung oblag, führte zunächst in einem der Werbeweche gewidmeten Prolog die Frauen, und zwar Somburgs Frauen. Bezüglich der Aufführung ist zu sagen, daß diesmal die Stückauswahl nicht ganz glücklich getroffen war. Eine Wiederholung der Operette „Die Königin der Luft“ hätte den eifrigen Mitgliedern dieses heimischen Ensembles sicher ein volles Haus gebracht. Das Spiel der Darsteller war wie immer recht zufriedenstellend. Neben Berli Salchli, Elisabeth Frank, Walter Will und Fritz Reuter zeichneten sich in Darstellung insbesondere Werner Altmann, Soachim Scholz und Lucie Schwin aus. Ein Meisterstück lieferte wieder Otto Kaiser als Vetter in „Die Lore“. Bernhard Scharff, der in sämtlichen Einaktern die führende Rolle spielte, konnte recht erfolgreich am Abend abschließen. Das nur in schwacher Zahl erschienene Publikum sollte den Darstellern starken Applaus.

Für die Kleinen fand vergangenen Samstagabend im Kurhaus eine Nikolausfeier statt. Der Nikolaus hatte für die Kinder, die sich in recht erfreulicher Zahl eingefunden hatten, etwas mitgebracht. Durch Spiele waren die Kleinen bestens unterhalten. Sonntagmittag war es die Kasperlkante Diesel Simon, die im Kurhaus-Theater die Jüngsten mit Kasperlvorstellungen erfreute.

Die Feuerwehrcapelle gab gestern vormittag unter Kapellmeister Vöckes Leitung vor dem Kurhaus ein Plafkonzert, zu dem sich, wie immer, eine große Zuhörerschaft eingefunden hatte.

Der „Kupferne“ Sonntag fand in Bad Somburg im Zeichen starken Verkehrs. Ellische Geschäfte konnten sogar recht zufriedenstellende Frequenz aufweisen. Natürlich galt dieser erste Geschäfts-sonntag vor Weihnachten vor allem dem Schauen und Orientieren. Die Verkaufssonntage sind dann die beiden kommenden. Den Zeitverhältnissen entsprechend war für eine Reihe Geschäfte das Resultat des „Kupfernen“ befriedigend. Es ist erklärlich, daß meistens billige und praktische Sachen gekauft wurden. Der luxuriöse Artikel findet in heutiger Zeit nur wenige Käufer. Die Ausstellung im Kurhaus, die heute ihre Pforten schließen wird, erfreute sich auch am gestrigen Sonntag starken Besuches.

Winter im Taunus. Der Samstagmittag einfallende Schneefall veranlaßte viele Sportler am gestrigen

Sonntag zu Taunuswanderungen. Auf dem in Schnee gefüllten großen Feldberg fanden sich sogar schon einige Skilaufer ein. Auch die Soalburg hatte guten Besuch aufzuweisen.

Unfall. Heute morgen gegen 7¹⁵ Uhr wurde die Ehefrau Dippel aus Oberelsbach, die mit einem Milchwagen nach Somburg fahren wollte, von einem Zuge Linie 25, nahe der Holzwarenfabrik, angefahren. Die Frau erlitt bei dem Zusammenstoß erhebliche Kopfverletzungen und mußte mit dem Krankenauto der Sanitätskolonne vom Rolen Kreuz, die erste Hilfe leistete, in das hiesige Allgemeine Krankenhaus gebracht werden.

Volksverein für das katholische Deutschland. Advenstler im Saalbau. Dr. Oberkeller-Gr. sprach. Ihm rebele begeistert der Valenapostel. Liebe, Caritas, echte Bruderliebe muß die Mitglieder des Volksvereins befeelen, nicht in salbungsvollen Worten, Liebe der Tat, wie sie unser Heiland uns vorgelebt hat. Wir kommen nicht zu einer Advenstfeier, um ein Spiel zu sehen, und uns zu amüsieren und von anderen unterhalten zu lassen. Uns müssen andere Kräfte treiben. Wir wollen an diesem Abend etwas erleben, nicht in dem abgenutzten phrasologischen Sinn, sondern etwas für unser christliches Leben profitieren. Franz Herwig, einer unserer modernsten Schriftsteller, der durch seinen neuen Roman einen Namen hat, hat ein Advenstspiel der modernen Menschheit geschrieben. Das war für den Abend einstudiert. Der Sinn dieses Spieles ist tief, wertvoll, wirklichkeitsnahe, die Personen, die Herwig malt, sind meisterhaft abgefaßt. Wie die, so keinen Glauben haben, am Leben, das sie gierig in sich hineinrinken, verzweifeln; wie der echte Wahrheitsfuchser die Wahrheit findet, finden muß, wie der Gewalttätige, ein Anhänger von Frau Welt, durch die Boshaft vom nahenden Himmelreich, in dem man auf die Rasse der Welt verzichten muß, zum Mörder wird. Und doch kann Johannes nicht sterben, muß es immer wieder der Menschheit, auch der von heute zuzufügen: Tuel Ruhe, das Himmelreich ist nahe. Die Spieler spielten gut, einfühlend, zum Teil meisterhaft. Der Oratorienchor umrahmte das Spiel mit zwei Advenstschören. Wer mit den Spielern mitlebte, hat eine Advenstpredigt in sich aufgenommen, mehr als eine Advenstpredigt. Und wer dieser Predigt folgt, der bereitet sein Inneres vor auf den Weihnachtsfrieden. — g

Frankfurt a. M. (Zusammenfassung des Werbe- und Ausstellungswesens.) Auf einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, daß das gesamte Werbe- und Ausstellungswesen der Stadt Frankfurt a. M. künftig in einer Hand vereinigt wird, teilt der Magistrat mit, daß heute bereits das Frankfurter Werbe- und Ausstellungswesen eine ausschließliche Angelegenheit des Wirtschaftsamt ist. Die den einzelnen Werbegebieten, wie: allgemeines Werbewesen, Messe- und Ausstellungswesen, Industriewerbung, zugewiesenen Aufgaben sind so gegeneinander abgegrenzt, daß jedes Nebeneinanderarbeiten von vornherein ausgeschlossen ist.

Bad Ems. (Lohnschiff auf Grund geraten.) Die infolge des Hochwassers vorübergehend eingestülpt gewesene Lohnschiffahrt konnte dieser Tage wieder eröffnet werden. Durch die immer noch sehr starke Strömung geriet bei Mienen zwischen Bad Ems und Niederlahnstein das Lastschiff „Lohnfahrt 4“ zu nahe ans Ufer und lief auf Grund auf. Nach mehreren Stunden Arbeit konnte das Schiff durch „Lohnfahrt 7“ wieder flott gemacht werden.

Lahnkreuz. (Wirtschaftsbelebung im Unterlahnkreuz.) Neben der Wiederaufnahme der Arbeit in Steinbruchbetrieben an der unteren Lahn (Ruppachthal) ist auch in dem zum Unterlahnkreuz gehörenden Teil des Kartales eine Wiederbelebung der Industrie eingetreten. Vom 1. Dezember ab wurde das in Zollhaus gelegene frühere Hermannsche Kaltwerk wieder eröffnet. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist zunächst noch klein, doch kann mit der Zeit, nach den vorliegenden Anzeichen zu schließen, mit einer Erweiterung des Betriebs gerechnet werden. So kann nach längerer Zeit der etwa 60 Meter hohe Schlot, der der Steilhang Zollhaus sein Gepräge gibt, wieder rauchen.

Julda. (Das „Steinerne Haus“ verpackt.) Die Gemeinde Oberelsbach in der Rhön hat den ihr gehörenden Basaltbruch, das „Steinerne Haus“, einer holländischen Gesellschaft zur Ausbeute auf 10 Jahre verpachtet. Der gewonnene Basalt soll zu Uferbauten am Züder-See verwendet werden. Damit gerät ein Naturdenkmal in Gefahr, das jedem Rhönwanderer bekannt ist. Das sogenannte „Steinerne Haus“ ist ein eigenartiges, mehr als 10 Meter hohes Gebilde aus Basaltfelsen, in dessen Nähe der Rhön-Klub eine Schutzhütte errichtet hat.

Herzfeld. (Ein Kavallerist will sein Geld wieder haben.) Als eine Witwe ihre Rente abgehoben hatte, gestellte sich ein Mann, mit dem sie früher ein Verhältnis gehabt hatte, zu ihr und verlangte von ihr die Herausgabe des eben erhaltenen Geldes. Als dies abgelehnt wurde, versuchte er ihr die Tasche mit dem Geld gewaltsam zu entreißen. Die Frau brachte sich schließlich in einem Haus in Sicherheit. Wie sich herausstellte, wollte der Mann Geld, das er der Frau während der Dauer des Verhältnisses geliehen hatte, nach dem erfolgten Bruch zurückhaben.

Veranstaltungen im Kurhaus.

Veranstaltungen bis zum 13. Dezember 1930.

Täglich

An den Quellen:

Von 8 bis 9 und 15³⁰ bis 16³⁰ Uhr Schallplattenkonzert.

Im Kurhaus:

Von 16 bis 18 Uhr Konzert und Tanz. Kurhauskapelle Burkart, Tanzpaar: Gräulein Magda Bühren-Edwin von Kayser. Von 11—12 und 20—21 Uhr: Konzert Welleflügel. (Firma M. Welle & Söhne, Freiburg i. B.) — Kurhaus-Tanzbar: Täglich (außer Montags) ab 21 Uhr: Tanzkapelle Burkart, Tanzpaar v. Kayser — Bühren. — Kessalaal: Täglich geöffnet von 10 bis 21 Uhr.

Sonderveranstaltungen:

Dienstag, den 9. Dez., von 20 bis 21 Uhr in der Wandelhalle: Konzert Kapelle Burkart. Donnerstag, den 11. Dez., 19⁰⁰ Uhr im Kurhaushaler 9. Vorstellung im Abonnement: „Moral“, Komödie in 3 Akten von E. Thoma. Freitag, den 12. Dez., von 20 bis 21 Uhr in der Wandelhalle: Konzert Kapelle Burkart.

Weitere Veranstaltungen in diesem Jahre:

11. Dez.: Kurtheater,
18. Dez.: Kurtheater,
27. Dez.: Kurtheater, Weihnachtsball und
31. Dez.: Sylvesterbull.

Jeden Tag:

Nachm. Tanztee, abends Tanz in der neuen Bar.

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernehmen wir keine Verantwortung.

Mittelstand und Beamtenum.

Die sich immer wiederholenden Angriffe in der Beamtenenschaft neuerdings auch in der Lokalpresse — wenn auch noch umschrieben — und ganz besonders, die sich häufenden persönlichen Verurteilungen von Mitgliedern der hiesigen Beamtenenschaft: die Wirtschaftspartei, bezw. die in ihr organisierten Gewerbetreibenden, seien beamtenfeindlich und müßten boykottiert werden, veranlassen mich, diesen Behauptungen im Interesse beider Gruppen entgegenzutreten; wobei ich vorweg erklären muß, daß jede Boykottierung bezw. ihre Weiterverbreitung strafbar ist. Zu diesen Behauptungen will ich so Stellung nehmen, daß ich die Reichstagsrede des Abgeordneten Collofer vom 8. Juli 1930, S. 6233 der Reichstagsdrucksachen in ihrem entsprechenden Auschnitt wiedergebe, wo er den Standpunkt seiner Partei zum Berufsbeamtenum wie folgt präzisiert:

„Und weiter fordern wir endlich die Vereinfachung der Verwaltung und Gesetzgebung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung. — Wenn wir ein Wort über die Beamten verlieren, so wird uns von bestimmter Seite immer Beamtenfeindlichkeit vorgeworfen. Aber die Wirtschaftspartei kann weder beamten- noch arbeiterfeindlich sein, denn der selbständige Bürger, der Geschäftsmann, ist von allen Ständen und Schichten des Volkes abhängig, weil sie seine Kunden sind — oder vorfälliger gesagt, sie sollen seine Kunden sein. Viele allerdings glauben, sie brauchen das nicht mehr zu sein. Indessen bedenken diese Kreise nicht, daß mit dem Untergang des selbständigen Mittelstandes auch ihr Untergang besiegelt ist. — Der deutsche Mittelstand kann aber auch schon deshalb nicht Feind der Beamtenenschaft sein, weil das Berufsbeamtenum doch aus den Kreisen des selbständigen Mittelstandes hervorgegangen ist. Seine Söhne sind, soweit sie nicht in das väterliche Geschäft eintraten, hinausgegangen, nachdem sie sich unter mancherlei Entbehrungen der Eltern bessere Schulbildung, bessere kaufmännische, technische und wissenschaftliche Bildung angeeignet haben, in die freien Berufe oder in die Beamtenenschaft. So bilden eigentlich der Berufsbeamte und gewerbliche Mittelstand eine Familie. Das größte Unglück unseres Volkes ist die Tatsache, daß durch das Hineintragen zerfallender und wesenfremder Wellenschauungen in ihre Kreise diese Familie auseinander gerissen worden ist, und daß sich ihre Glieder nunmehr heute zum Teil feindlich gegenüberstehen. — Alles will heute vom Staat essen. Wenn aber alle vom Staat essen wollen, dann müssen schließlich alle hungern, weil dann der Moment kommt, wo nichts mehr zum Essen da ist.“

Diesen Ausführungen haben wir als Untergruppe nichts hinzuzufügen, denn sie decken sich vollständig mit unseren Anschauungen. Sinn und Zweck meines Hinweis soll nur der sein, darzutun, daß wir ein Interesse daran haben, daß zwischen dem Berufsbeamtenum und dem gewerblichen Mittelstand nicht unnötigerweise Gräben errichtet werden, denn beide Teile können sich und müssen sich unter Umständen doch recht notwendig gebrauchen. — Wir jedenfalls haben den Wunsch nach solcher verständnisvollen Zusammenarbeit.

F. Dieck,

Vorsitzender der Kreisgruppe „Oberlausen“,
Reichspartei des deutschen Mittelstandes
(Wirtschaftspartei.)

Sterbetafel †.

Herr Anton Supp, Buchhändler, 46 J., Bad Somburg.
Herr Adolf Wilke, Inhaber der Firma Wilke & Stark,
63 Jahre, Bad Somburg.



Der neue österreichische Bundeskanzler Dr. Ender.

Berlin, 7. Dez. Bundeskanzler Dr. Ender hat an den Reichskanzler folgenden Telegramm gerichtet: „Einem Herzenswunsch entsprechend, begrüße ich Sie, Herr Reichskanzler, im Augenblick der Übernahme der Regierungsgeschäfte aus warmen und versichere Ihnen, daß ich und meine Kollegen im Kabinett vom ersten Willen beseelt sind, das brüderliche Verhältnis zwischen den beiden deutschen Schwesterrepubliken weiter zu vertiefen und noch inniger zu gestalten. Reichskanzler Dr. Brüning antwortete dem Bundeskanzler mit folgendem Telegramm: „Für die herzlichen Begrüßungsworte, die Sie, Herr Bundeskanzler, im Augenblick der Übernahme der Regierungsgeschäfte an mich gerichtet haben, sage ich Ihnen aufrichtigen Dank. Ihre und Ihrer Herren Kollegen im Kabinett Versicherung, das brüderliche Verhältnis zwischen den beiden deutschen Republiken weiter zu vertiefen und noch inniger zu gestalten, hat mich auf das angenehmste berührt. Indem ich Ihnen die warmsten Wünsche für Ihre Amtsführung übermittele, verbinde ich damit die Versicherung, daß Ihre Worte bei mir und den Mitgliedern der Reichsregierung den lebhaftesten Widerhall gefunden haben.“

Zurückziehung von Wechselsteuermarken.

Berlin, 7. Dez. Eine soeben veröffentlichte Verordnung über die Zurückziehung von Wechselsteuermarken vom 3. Dezember 1930 besagt u. a., die in den Ausführungsbestimmungen zum Wechselsteuergesetz vom 19. Sept. 1923 und in der Fassung des Artikels 1 Nr. 3 der Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Wechselsteuergesetz vom 23. Dezember 1924 bezeichneten, auf Reichsmark und Reichspfennig lautenden Wechselsteuermarken dürfen vom 1. Januar 1931 ab nicht mehr zur Entrichtung der Wechselsteuer verwendet werden. Soweit diese Marken ungebraucht und am 1. Januar 1931 noch in den Händen von Steuerpflichtigen oder sonst im Verkehr sind, wird Ersatz geleistet, wenn er spätestens bis zum 30. Juni 1931 bei einem mit der Verwaltung der Wechselsteuer befaßten Finanzamt unter Einreichung der Steuermarken beantragt wird. Nach dem 30. Juni 1931 eingehende Anträge sind von der Berücksichtigung ausgeschlossen.

KURHAUS - THEATER BAD HOMBURG

Gastspiel des Hanauer Stadttheaters
— Direktion: O. Plorkowsky. —

Donnerstag, den 11. Dezember 1930, 19³⁰ Uhr (7³⁰ Uhr)
9. Vorstellung im Abonnement.

M O R A L

Komödie in 3 Akten von Ludwig Thoma.

Spielleitung: Karl Gaebler.

Anfang 19³⁰ Uhr Ende 22 Uhr

Preise der Plätze: Mk. 4.—, 3.50, 2.—, 1.75, 1.25, 0.75, zuzüglich Kartensteuer. Kartenverkauf im Kurhaus.

Achtung!

Taunusforellen

Empfehle:

Portionsforellen im Gewicht von 170—250 gr. zu den bekannt billigen Preisen. Ferner: Extraangebot in 3/4—1 pfündigen Forellen zu dem billigen Preise von Mk. 2.20 pro Pfd. Ferner empfehle ich 2—4 pfündige feinschmeckende Spiegelfarfen per Pfd. Mk. 1.10. Jede Bestellung wird auch bei kleinstem Quantum freihaus geliefert!

Forellengut „Taunus“

Homburg Heinr. Herzberger, Tel. 2319

Schreibmaschine „Orga-Privat“

mit Universal-Tastatur und Metallschutzhäusen, wenig gebraucht, sehr gut erhalten, für nur 150.— Rmk. zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wieder eine Razzia auf dem Paulboden.

Berlin, 7. Dez. Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten war die Polizei auf Grund einer Anzeige wieder genötigt, auf einer Mensur zu erscheinen, die in Anwesenheit von etwa 100 Studenten in einem Lokal in Schöneberg stattfand. Als die Polizeibeamten eintrafen, war die Mensur bereits beendet. Die vorgefundenen Schläger mußten nach den Bestimmungen beschlagnahmt werden. Soweit die anwesenden Personen sich nicht ausweisen konnten, wurden sie auf das zuständige Polizeirevier gebracht und nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ wird weitergespielt.

Berlin, 7. Dez. Die Direktion des Mozart-Saales hat sich entschlossen, den Film „Im Westen nichts Neues“ weiterzuspielen. Die Polizei wird zur Sicherung eines ungestörten Verlaufes der Vorführung jeden erforderlichen Schutz stellen. Besprechungen über die bekannten Vorgänge im Mozart-Saal haben im Polizeipräsidium nicht stattgefunden.

Sächsischer Antrag auf Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“.

Dresden, 7. Dez. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt mit: Die Vorführung des Bildstreifens „Im Westen nichts Neues“ hat in Berlin zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung geführt. Da es bei den Aufführungen in Sachsen mit Sicherheit zu weiteren Störungen kommen wird, hat die sächsische Regierung bei der Oberprüfstelle in Berlin den Antrag gestellt, die Zulassung des Bildstreifens zu widerrufen.

Der neue Saarbahnschutz.

Berlin, 7. Dez. Zu aus Genf kommenden Meldungen über eine Neuordnung des Saarbahnschutzes wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß es sich nicht um die Schaffung einer neuen Formation, sondern um die Ausführung der Beschlüsse des Völkerbundes handelt. Die Regierungskommission des Saargebietes hat im Gegensatz zu ihrer früheren Stellungnahme eine Erhöhung der Gendarmerie nicht für notwendig erachtet. Dadurch wird eine neue finanzielle Belastung der Bevölkerung des Saargebietes vermieden. Die Schaffung der vorgesehenen technischen Organisation für den Fall eines Generalstreikes soll nur die Durchführung des Eisenbahnbetriebes sicherstellen. Zu diesem Zweck werden gegenwärtig etwa 100 Gendarmen im Eisenbahnbetrieb ausgebildet, außerdem werden dazu einige zwanzig Bahnbeamte bereitgestellt. Die übrigen Mannschaften dieser technischen Organisation werden zum größten Teil von der Eisenbahndirektion Saarbrücken und zum kleineren Teil von der Industrie des Saargebietes gestellt. Eine besondere Ausbildung dieser Leute, die im einzelnen in keiner Weise verpflichtet worden sind, kommt vorerst nicht in Frage. Es handelt sich nur um eine listenmäßige Aufstellung.

Familiendrama. — Zwei Tote

Leipzig, 7. Dez. Der von seiner Frau geschiedene, aber in der gleichen Wohnung in der Braustraße lebende 53 Jahre alte Schriftfeger Niemann hat seine Frau durch mehrere Revolvergeschüsse schwer verletzt. Dann drang er in das Schlafzimmer ein und verletzte auch seine beiden minderjährigen Töchter durch mehrere Revolvergeschüsse schwer. Während Nachbarn die Polizei alarmierten, tötete sich Niemann durch einen Schuß in den Mund. Die drei Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht, wo die fünfzehnjährige Tochter Gertraud ihren Verletzungen bald darauf erlag. Über das Motiv der Tat ist noch nichts Näheres bekannt.

Einstellung des Verfahrens gegen Levine.

Wien, 7. Dez. Der Staatsanwalt hat das Verfahren gegen den Ozeanflieger Levine aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Beauftragung des Senators Barthou mit der Kabinettsbildung.

Paris, 7. Dez. Wie verlautet, wird der Präsident der Republik nach der Ablehnung Polincars dem Senator Barthou den Auftrag zur Kabinettsbildung erteilen.

Auffindung eines wertvollen Schatzes.

Rom, 7. Dez. Im Keller eines Hauses der neuen Ausgrabungszone von Pompeji, der sogenannten Via del Abbondanza, wurde ein großer Schatz gefunden, der an Reichtum sowie künstlerischem und archäologischem Wert den im Louvre aufbewahrten Schatz von Boscoreale noch übertrifft. Man fand dort bei den Ausgrabungsarbeiten auf eine halbverfallene Goldkiste, und in dieser selbst fand man goldene Armbänder, drei Paar goldene Ohrringe, Fingerringe, goldene Ketten, Gold- und Silbermünzen aus der republikanischen und kaiserlichen Zeit, ein vollständiges silbernes Tafelservice für vier Personen, Tassen mit Untersätzen, silberne Kannen, große und kleine Löffel, silberne Spiegel und Parfümeriebüchsen. Die Ausgrabung des Schatzes, die unter der persönlichen Leitung des Generaldirektors der Altertümer in Neapel, Maiuri, stattfindet, wird heute noch fortgesetzt.

Neue Bombenfunde in Lissabon.

Paris, 7. Dez. Wie Havas aus Lissabon berichtet, hat die Polizei 74 Bomben beschlagnahmt. Der Eigentümer des betreffenden Grundstückes wurde festgenommen. Die Polizei hat außerdem nach einer Untersuchung die Büroräume der demokratischen Partei und die Redaktion der Zeitung „El Debate“ amtlich versiegelt.

Verantwortl. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Homburg für den Anzeigenteil: Jakob Klüber, Oberriethel. Druck und Verlag: Otto Wagenbreth, Bad Homburg

Kathol. Männerverein

Unser treues Mitglied Herr Buchhändler

Anton Supp

ist gestern verschieden. Wir bitten ihm bei der am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofs-Kapelle aus erfolgenden Beerdigung die letzte Ehre zu erwirken, und auch an der am 4. Jan. 1931 stattfindenden Seelenmesse des Vereins für den Verstorbenen recht zahlreich teilzunehmen.

Der Vorstand.

Im Verlage von Rud. Bechtold & Comp. in Wiesbaden ist erschienen (zu beziehen durch alle Buch- und Schreibwarenhandlungen):

Rassauischer Allgemeiner

Landes-Kalender

für das Jahr 1931. Bearbeiter von W. Wittgen. -- 76 S. 4^o, geh.

Haupt-Inhalt:

1. Der Helfenschorch. Erzählung von Wilhelm Wittgen. — 2. Ein Helmsfest im Einrichgau. Von H. Diels. — 3. Schneesturm. Von Elisabeth Hammerich-Bender. — 4. An „Steins Gruff“. Von Wilhelm Wittgen. — 5. Auf Burgschwalbach. Von Wilhelm Wittgen. — 6. Aus Tagen, die vergangen sind. Von L. Hanson. — 7. Liebenbach. Von Fritz Blumenstein. — 8. Ein Vermächtnis. Von Minna von Konarski. — 9. Rheinlandräumung. Von Wilhelm Wittgen. — 10. Ohne Schädlingsbekämpfung und Dämonie kein Erfolg im Obstbau. — 11. Verschiedenes: Aufsätze aus Heimat und Landwirtschaft.

Preissenkung

durch große Fänge.

Dienstag und Mittwoch

Kabliau ohne Kopf 25

Schellfisch 25

Bratenschellfisch 30

Grüne Herlinge 35

Goldbarsch-Filet 60

W. Lautenschläger

Luisenstraße 50. Telefon 2404.

Alteisen u.

Metalle

kauft

Sal. Idstein,

Promenade 14, Telefon 2910

Prometheus



Heize mit Gas

Für Kinder- und Wochenbettspflege

Gummi-Unterlagen, Windelhosen, Gelse, Bindeln, Bade- u. Fieberthermometer, Gauger, Milchflaschen u. s. w.
Babywagen (auch z. verleih.)



Sanitätshaus E. Ott G.m.b.H.

Zum Flechten von Rohrstrahlen sowie Anfertigen und Reparaturen von Körben und Vorhängen aller Art empfiehlt sich

Karl Arnold

Kordmacher, Brendelstr. 49

Sachen werden abgeholt, Postkarte genügt.

Gut erhaltenes

Kinder-Dreirad

zu kaufen gesucht. Zu erfragen in den Homb. N. N.

Lebkuchenbruch

Makronenbruch

Homburger Lebkuchfabrik

Ville & Co.

Luisenstr. 16 Hinterhaus

Hypotheken

zu 6% Binf. vergibt unsere Kreditgemeinschaft. Näheres u. Darlehensbedingungen Hypothekentasse H. W., Leipzigerstr. 4.

An- u. Abmeldescheine

vorrätig im Verlag der

Homburger Neuesten Nachrichten.